

Obwaldner Volksfreund.

Abonnement

(bei sämtlichen Post-Bureaux)

jährlich (franco durch die ganze Schweiz)	Fr. 5.—
halbjährlich	2.50
bei der Expedition abgeholt jährlich	4.20
„ „ „ „ halbjährlich	2.10

N. 51.

Sarnen, Samstag, 27. Juni

1903.

Druck und Expedition:

Buchdruckerei Jos. Müller, Sarnen.

Einrückungsgebühr für Obwalden.

Die einspaltige Zeile oder deren Raum	10 Rp.
Bei Wiederholungen	8 „

Für Inserate von auswärts

Die einspaltige Zeile oder deren Raum	15 „
Bei Wiederholungen	10 „

Gratis-Beilage:

Illustriertes „Sonntagsblatt“.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Saasenstein & Vogler, Rudolf Mosse** und **Dress & Fahlst & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Straßburg und Wien.

* Bundesstadtbrief.

Eine angenehme Abwechslung in die parlamentarischen Verhandlungen brachte am 18. Juni für die katholisch-konservative Fraktion ein Ausflug nach Herzogenbuchsee, wo sie mit zahlreichen Vertretern der bernischen Volkspartei und mit Gesinnungsgenossen aus dem Kanton Solothurn zusammenkam. Daß Herr Nationalrat Dürrenmatt die Gäste in warmherziger, gebundener und ungebundener Rede begrüßte und daß auch sonst die gehobene Stimmung in Wort und Lied zum Ausdruck kam, ist selbstverständlich. Es war ein schöner, sonnenheller Nachmittag und zwar nicht nur draußen in der Natur, sondern auch drinnen im Saale und in den Herzen der Teilnehmer an dem kleinen Feste. Zum Schluß stattete man noch dem hochgelegenen Kirchhof einen Besuch ab, welcher in den Tagen des Bauernkrieges der Zeuge blutiger Kämpfe gewesen ist und dadurch eine geschichtliche Bedeutung erlangt hat. Heute bietet er ein friedliches und ausrichtreiches Bild dar mit einem anziehenden Rundblick auf die fruchtbaren obergermanischen Gefilde. Was den Tag wohl allen, die dabei gewesen sind, unvergesslich gemacht hat, das war die fröhliche gemütliche Stimmung und der offene, freundschaftliche Meinungsaustrausch, welche in der Versammlung den Ton angaben. Diefelbe diente eigentlich nicht sowohl politischen, als vielmehr geselligen Zwecken. Wir glauben aber, der Redner werde Recht behalten, welcher am Schluß betonte, daß der Tag von Herzogenbuchsee in der Brust der Teilnehmer die mutige Tatkraft im Ringen nach Recht und Freiheit, die Schweizertreue und die Vaterlandsliebe neu gestärkt habe.

Ein vollständiges Bild der ständerätlichen Verhandlungen können wir nicht entrollen, ohne den Leser allzusehr zu ermüden. Wir greifen einzelne, besonders bemerkenswerte Punkte heraus. Ohne jegliche Opposition und sogar ohne Diskussion wurden Nachtragskredite im Betrage von annähernd einer Million Franken bewilligt und zwar handelte es sich hier schon um die zweite Serie dieser Nachtragskredite. Man darf also nicht etwa glauben, daß damit diejenigen Posten erschöpft seien, welche im Budget nicht vorgesehen waren. Eine andere Abteilung von Nachtragskrediten ist schon vorausgegangen und weitere werden wohl noch nachfolgen. Diese Ausgaben mögen ja notwendig oder zweckmäßig gewesen sein. Wir wollen das nicht bestreiten; aber das möchten wir betonen, daß dem Budget nur ein relativer Wert zukommt und daß man auf dasselbe nicht abstellen kann, wenn immer wieder Nachtragskreditbegehren für solch' große Summen auftauchen. Im übrigen haben wir nun Finanzkommissionen in beiden Räten, welche eifrig ihres Amtes walten und welche über die finanziellen Verhältnisse des Bundes ihre Kontrolle ausüben und ihr Gutachten abzugeben haben. Die konservative Fraktion des Ständerates ist in dieser Kommission durch die Herren Reichlin, Peterelli und de Chastonay vortrefflich vertreten.

Einem erfreulichen sozialen Fortschritt hat der Ständerat die Wege geebnet durch das von ihm schließlich einstimmig, wenn auch bei einigen Enthaltungen, angenommene Gesetz über die Samstagarbeit. Das-

selbe bestimmt, daß an den Samstagen in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben nur bis abends 5 Uhr und jedenfalls nicht länger als neun Stunden gearbeitet werden dürfe. Die Sozialpolitiker und alle Freunde einer gesunden Sozialreform, zumal auch die katholischen, begrüßten diese Bestimmung als die Vorbedingung einer gehörigen und würdigen Sonntagsfeier. Bisher mußten eben vielfach die Hausgeschäfte, welche von den die ganze Woche hindurch in der Fabrik beschäftigten Hausfrauen an den Werktagen nicht besorgt werden konnten, dann am Sonntag morgen vorgenommen werden. Die Woche war der Fabrik und der Sonntag war der Hausarbeit geweiht. Diesem Uebelstand soll nun durch einen rechtzeitigen Feierabend am Samstag abgeholfen werden. Für die Männer ist dieser Feiertag weniger nötig als für die Frauen. Uebrigens findet auch der rechtschaffene Hausvater, welcher die ganze Woche in der Fabrik beschäftigt war, am Samstag abend daheim noch Arbeit genug. Die Bestimmung nur auf das weibliche Arbeitspersonal zu beschränken, war deshalb nicht möglich, weil eben viele Betriebe stillgestellt sind, sobald die Arbeiterinnen dabei nicht mehr mitwirken. Als es sich im vorletzten Dezember um die Frage handelte, ob der Bundesrat beauftragt werden solle, einen solchen Gesetzesentwurf einzubringen, da stieß man noch auf eine sehr lebhaftige Opposition bei den Großindustriellen. Nun erklärten auch die Vertreter dieser letzteren, daß sie der Vorlage keine Schwierigkeiten bereiten wollen und sich darauf beschränken, dieselbe einigermaßen abzuschwächen, was ihnen aber nicht gelungen ist. Die Vertreter der beiden Unterwalde wollten die Vorabende der Feiertage den Samstagen gleichgestellt wissen. Sie betonten, daß der Bundesrat auf demselben Boden stehe, daß es nicht angezeigt sei, hinter den früheren Beschluß, welcher ausdrücklich auch vom Vorabend der Festtage rede, zurückzugehen, daß ja die Feiertage den Sonntagen gleich zu halten seien, wobei es sich allerdings nur um die durch Fabrikgesetz vorgesehenen Festtage handeln könne, und daß die Verhältnisse, welche für den frühern Feierabend an den Samstagen sprechen, auch für den Vorabend der Festtage maßgebend seien. Es wurde noch besonders auf das Weihnachtsfest aufmerksam gemacht, dessen würdige und gemütvollte Feier man doch sicher auch den Arbeiterfamilien ermöglichen wolle. Leider blieb dieser Antrag um wenige Stimmen in der Minderheit, obschon er auch liberale und radikale Stimmen auf sich vereinigte.

Einen Beschluß von einer ganz außerordentlichen Tragweite hat der Ständerat gefaßt, indem er mit allen gegen eine einzige Stimme dem Vorschlag des Bundesrates beipflichtete, es seien die 4 und die 3 1/2prozentigen Bundesbahn-Obligationen in 3prozentige Titel umzuwandeln. Es handelt sich dabei um die riesige Summe von 389 Millionen Franken. Die Zinsersparnis für die Bundesbahnen beträgt 1,840,000 Franken jährlich. Die Diskussion war wirklich ungemein interessant. Dr. Aferi von Zürich trug ein außerordentlich sorgfältig ausgearbeitetes Referat vor. Gegen den Antrag sprach und stimmte einzig der aargauische Vertreter Isler. Warme Verteidiger erwachsen dem Projekt, abgesehen von dem eidgenössischen Finanzminister Comtesse, in dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Bundesbahnen von Arg und in Staats-

rat Python von Freiburg. Darüber waltet kein Zweifel, daß die neuen Titel zum weitaus größten Teil ins Ausland und zwar vorwiegend nach Frankreich wandern und die Schweiz infolgedessen dem Ausland zinspflichtig wird. Ebenso blieb die Behauptung unwiderprochen, daß durch die beabsichtigte Finanzoperation der Schweiz Geldmarkt überschwenmt und dadurch der Zinsfuß herabgedrückt wird. In berechneten Worten wurde geschildert, wie sehr unter dieser Tatsache der schweizerische Mittelstand werde zu leiden haben. Das Interesse der Bundesbahnen trug den Sieg davon. Die Lage dieser letzteren wurde nicht als eine rosig dargestellt und es wurde dabei namentlich auf die Tarifreduktion, auf die Gehaltsaufbesserung des Bahnpersonals, auf das Ruhetagesgesetz und auf die dringende Notwendigkeit der Neubeschaffung von Rollmaterial in bedeutendem Maßstab hingewiesen.

Eine der großen Fragen, welche in dieser Session zu erledigen waren, betraf die Neubewaffnung der Artillerie. Es handelt sich dabei um eine Ausgabe von nicht weniger als 21,700,000 Franken. Es sollen mit den neuen Rohrrücklaufgeschützen 72 Batterien zu 4 Geschützen ausgerüstet werden. Dazu kommen die Caiffons und Reservefuhrwerke nebst zudienender Munition. Ueber die Notwendigkeit einer Neubewaffnung unserer Feldartillerie herrschte keine Meinungsverschiedenheit. Ebenso war man darin einig, daß das Rohrrücklaufgeschütz, um dessen Beschaffung es sich nunmehr handelt, eine in jeder Hinsicht vorzüglichste Maschine sei und daß es gegenüber dem früher in Aussicht genommenen Federspornengeschütz unbedingt den Vorzug verdiene. Vor zwei Jahren war man auf dem Punkte, die Anschaffung des Federspornengeschützes zu beschließen. Hätte man dies damals getan, so wäre man jetzt mitten im Stadium der Umgestaltung unserer Artilleriebewaffnung und schon würde man es bedauern, nicht eine andere Wahl getroffen zu haben. Allerdings besitzt man bei den steten Fortschritten der Erfindungskunst und der Kriegstechnik gar keine Garantie dafür, daß nicht binnen einer nicht allzu langen Frist wieder eine neue Erfindung auftaucht, welche uns ungezählte Millionen kosten wird. Die neuen Kanonen schießen mit Sicherheit auf eine Distanz von 5600 Meter, während unsere gegenwärtigen Artilleriegeschütze nur auf 3 bis allerhöchstens 4 Kilometer sicher schießen. Es wird uns aber von kundiger Seite versichert, daß das in der Diskussion genannte Maximum von 4 Kilometer dormalen nicht erreicht werde. Die Minderheit der Kommission beantragte im Ständerate wie im Nationalrate, es sei die Vorlage dem Referendum zu unterstellen, weil es sich dabei um eine Revision der Militärorganisation handle, welche dem Mitspracherecht des Volkes nicht entzogen werden dürfe. Die Neubewaffnung wird eben, wie allseitig zugestanden wurde, zur Folge haben, daß die Batterien anders gestaltet werden. Die Bestimmungen über die Einteilung der Batterien bilden aber einen wesentlichen Bestandteil des Bundesgesetzes über die Militärorganisation. Diesen Standpunkt vertrat im Ständerat mit großem Geschick und mit einer sehr stichhaltigen Motivierung Herr Dr. von Schumacher, unterstützt von dem liberalen Genfer Abgeordneten Richard. Die Befürchtung, es könnte dem Schweizervolke die Ausgabe von annähernd 22 Millionen für Kanonen doch